Wie positionieren sich die einzelnen Parteien im Wahlkampf hinsichtlich wichtiger Bildungsthemen? Der brlv hat nachgefragt.

FRAGEN UND ZUSAMMENSTELLUNG Ralf Neugschwender | FOTOS Adobe Stock | LOGOS Parteien

Bundestagswahl 2021





ur Bundestagswahl im September hatte der Bayerische Realschullehrerverband (brlv) alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien, die für eine Regierungsbildung infrage kommen, zu ihren Positionen hinsichtlich wichtiger Bildungsthemen angefragt.

Dabei haben wir die folgenden vier Themenkomplexe

- »Differenziertes Schulsystem« (Frage 1)
- »Beamtenstatus plus Versorgungsleistungen« (Frage 2)
- »Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung« (Frage 3)
- »Digitalisierung« (Frage 4)

BUNDESTAGSWAHL

Die ungekürzten Antworten finden Sie in der folgenden Übersicht. Die Kernbotschaften wurden von uns fett gedruckt, um eine schnelle Übersicht

Frage

Wie steht Ihre Partei zu differenzierten Schularten im Bildungssystem und einer eigenständigen Realschule?

CDU CSU !

CDU und CSU halten an unserem qualitativ hochwertigen, differenzierten, leistungsorientierten und stabilen Schulsystem fest. Für Bildungsgänge von Haupt- und Realschulen oder integrierten Systemen befürworten wir eine einheitliche Bezeichnung über Ländergrenzen hinweg. Dies dient auch dem Ziel von mehr Transparenz und Vergleichbarkeit. Zugleich erteilen wir allen Bestrebungen zur Einführung eines Einheitsschulsystems eine Absage.



Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen den höchstmöglichen schulischen Erfolg erzielen. Bildungserfolg muss in Deutschland von der sozialen Herkunft entkoppelt werden. Wir haben als SPD in vielen Bundesländern Schulformen etabliert, die ein stark selektives, mehrgliedriges Schulsystem überwinden, weil dies nachweislich einen großen Beitrag zur Chancengleichheit leistet. Wir wollen ein Schulsystem, das eine möglichst bruchlose, inklusive und gemeinschaftliche Bildung bietet.



Wir GRÜNE setzen uns für längeres gemeinsames Lernen ein und wollen, dass jede Schule jeden Abschluss anbietet. Im Kern bleibt das aber Aufgabe der Länder. Wir wollen Schulen, die auf die individuellen Bedürfnisse von Schüler*innen eingehen und sie ermutigen. anstatt zu bremsen. Schulen mit besonderen Herausforderungen wollen wir gezielt unterstützen und im ganzen Land qualitativ hochwertige Ganztagsangebote voranbringen.



Wir Freien Demokraten sprechen uns für ein vielfältiges Bildungssystem aus. Daher fordern wir eine bestmögliche Ausstattung aller Schulen. Wir glauben, dass eine vielfältige pädagogische Schullandschaft individuelle Lernerfolge ermöglicht. Darum setzen wir auf differenzierte Schularten im Bildungssystem.



Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der Schüler* innen in unterschiedliche Schulformen. Daher wollen wir eine Schule für alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Die Gemeinschaftsschule fördert die Kinder individuell und umfassend. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an. Wir wollen eine Schule, die ohne Hausaufgaben auskommt und private Nachhilfe überflüssig macht. Im schulischen Alltag muss Raum und Zeit dafür geschaffen werden. Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen und medizinisches Fachpersonal sollen in multiprofessionellen Teams zusammenwirken. Wir wollen das mehrgliedrige Schulsystem Schritt für Schritt abbauen und alle Kinder ohne abwertende Etikettierung in einer Gemeinschaftsschule umfassend fördern.



Setzt Ihre Partei auf den Beamtenstatus für Lehrkräfte und die damit verbundenen staatlichen Versorgungsleistungen sowie die Möglichkeit der Absicherung der Beamten in einer privaten Krankenversicherung?

BUNDESTAGSWAHL



CDU und CSU halten grundsätzlich am Beamtenstatus für Lehrkräfte fest und auch an den damit einhergehenden staatlichen Leistungen.



Die Frage des Beschäftigungsstatus der Lehrerinnen und Lehrer ist Sache der Länder und liegt nicht in der Hoheit des Bundes. Grundsätzlich setzt sich die SPD für gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den pädagogischen Berufen ein. Die Arbeit im pädagogischen Bereich verdient hohe gesellschaftliche Achtung. Dies muss sich auch in der täglichen Arbeit und den Bedingungen für die Beschäftigten niederschlagen. Der Weg in den pädagogischen Beruf muss weiter attraktiv gestaltet werden.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Lehrkräfte ihrer gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgabe entsprechend angemessen vergütet werden und sich auch darüber hinaus auf gute Arbeitsbedingungen und eine auskömmliche Absicherung im Krankheitsfall und Ruhestand verlassen können, unabhängig davon, ob sie in einem Angestellten- oder Beamtenverhältnis beschäftigt sind. Mit der Bürger*innenversicherung wollen wir alle in die Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems einbeziehen und so auch vor dem Hintergrund künftiger Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für eine stabile und solidarische Lastenteilung sorgen. Auch Beamte, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete sollen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen beteiligen.



Wir Freie Demokraten fordern eine Stärkung des Lehrerberufs. Dazu braucht es attraktive Arbeitsbedingungen, eine hochwertige Aus- und Fortbildung, transparente und anspruchsvolle Aufstiegsmöglichkeiten, immaterielle Wertschätzung sowie eine Bezahlung, die individuelles Engagement belohnt. Die Länder sollten im Beamten- und Besoldungsrecht flächendeckend die Grundlage für einen solchen stärkeren Leistungs- und Engagementbezug bei der Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern schaffen. Es gibt sehr viele innovative Lehrkräfte. Wir wollen ihr Engagement sichtbar machen. Statt der reinen Dienstiahre soll daher auch das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer belohnt werden. Wir wollen, dass absolvierte Fortbildungen und gute Unterrichtsqualität beim Stufenaufstieg stärker berücksichtigt werden. Und: Exzellente Lehrkräfte sollen Prämien erhalten, etwa für herausragende Leistungen an Brennpunktschulen (val. Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag »4-Stufen-Modell für beste Lehreraualität« vom 24.03.2020).

DIE LINKE.

Das Staatswesen übt bei der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben hoheitliche Gewalt aus. Lehrkräfte nehmen aber keine Aufgaben mit potenziell zwangsbewehrter Gewalt wahr. Hoheitliche Aufgaben werden maximal von Schulleitungen wahrgenommen. Zudem schwächt eine Verbeamtung die Solidargemeinschaft, denn den Sozialversicherungssystemen (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung) werden überdurchschnittliche Einzahler*innen entzogen. Angestellte Lehrkräfte sollten den verbeamteten gleichgestellt werden in Bezug auf die Altersversorgung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einzahlung in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung und den Familienzuschlag. Wir treten dafür ein, dass Beamte in die gesetzlichen Versicherungssysteme einbezogen werden. Das gilt in der Krankenversicherung, die wir in eine Solidarische Gesundheitsversicherung (»Bürgerversicherung«) umbauen wollen wie bei der Rentenversicherung, in der wir alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Versicherung einbeziehen wollen und in unserer Versicherung gegen Erwerbslosigkeit. Bei der Umstellung bleiben ihre Ansprüche erhalten. Alle Lehrämter sollen aus unserer Sicht zudem gleichgestellt werden. Es gibt keinen Grund, Lehrkräfte an Grundschulen niedriger zu werten als Lehrkräfte zum Beispiel an Gymnasien.



Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung zu gewährleisten und die berufliche Orientieruna an Schulen voranzubrinaen sowie den Fachkräftemangel in Handwerk, Industrie und (öffentlicher) Verwaltuna zu beheben?



05/2021 | DIE BAYERISCHE REALSCHULE



Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist uns ein Herzensanliegen. Daher werden wir wieder mehr Gewicht auf die Ausbildung junger Menschen als Facharbeiter und Handwerker legen, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich wirksam zu begegnen. Eine Karriere in der beruflichen Bildung muss als gleichwertige Alternative zum Studium für ieden und iede erkennbar sein. Der Deutsche Qualifikationsrahmen hat sich als bildungspolitisches Transparenzinstrument bewährt. Wir werden die dualen Studiengänge weiter ausbauen, da sie berufliche und akademische Qualifizierung verknüpfen. Schon in der laufenden Legislaturperiode haben CDU und CSU die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung maßgeblich vorangebracht: mit der BBiG-Novelle wurde die berufliche Bildung noch attraktiver. Die Berufsorientierung soll an allen Schularten gestärkt werden. Damit die bestehenden Angebote künftig einfacher gefunden werden können, soll eine Plattform errichtet werden, die als zentrale Anlaufstelle für die Online-Berufsorientierung dient. Dieser zentrale Zugang soll durch das Bundesinstitut für Berufsbildung geschaffen werden.



Wir wollen in die berufliche Bildung und ihre Attraktivität investieren, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. So setzen wir uns für eine Ausbildungsgarantie ein, die alle jungen Menschen in eine Ausbildung vermittelt, auch wenn sie nicht direkt und auf eigene Kraft den Weg in eine betriebliche Ausbildung finden. Gleichzeitig wollen wir den Lernort Berufsschule von Bundesseite stärken, damit dieser modernisiert wird und mit vielen guten Lehrkräften die Fachkräfte der Zukunft ausbilden kann. Zudem wollen wir mit finanziellen Hilfen die Mobilität der Azubis erhöhen. Wir wollen die Berufsorientierung an Schulen stärken. indem wir hochwertige Berufspraktika von der neunten Klasse bis in die Oberstufe ausbauen und Partnerschaften zwischen Schulen und Betrieben für gemeinsame Lerneinheiten ausbauen. Ein weiterer wichtiger Baustein aus Sicht der SPD zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung ist die Verzahnung der beruflichen und akademischen Bildung und die Stärkung der beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb setzen wir uns für eine Gebührenfreiheit in der beruflichen Aufstiegsfortbildung ein und wollen eine hohe Qualität des dualen Studiums verbindlich festschreiben.



Wir GRÜNE wollen Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit von und zwischen beruflicher und akademischer Bildung deutlich ausbauen. Dabei folgen wir dem Grundsatz, dass kein Abschluss ohne Anschlussmöglichkeit bleiben darf, wenn Menschen sich persönlich und beruflich weiterentwickeln und neue Kompetenzen erwerben wollen. Wir setzen uns dafür ein, den DQR gesetzlich zu verankern, um seine Stufen bekannter und den Aufbau einzelner Stufen transparenter zu machen. Im Sinne der Gleichwertigkeit sollte die Vergütung von Tätigkeiten auf den einzelnen Stufen entsprechend der Kompetenzen erfolgen, unabhängig davon, ob diese auf akademischem oder beruflichem Wege erreicht wurden. Wir setzen uns gemeinsam mit den Ländern für flächendeckende, vielfältige und praxisnahe Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ab Jahrgangsstufe 7 ein und unterstützen junge Menschen am Übergang Schule-Beruf durch den Ausbau von Jugendberufsagenturen.



Wir Freie Demokraten fordern eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, um die Attraktivität und Innovationskraft der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu stärken. Um sich den Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt zu stellen, braucht das System der beruflichen Bildung ein Update. Ein bundesweiter Exzellenzwettbewerb soll die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung mit hochrangigen Auszeichnungen und mehrjährigen Zuschüssen fördern. Ein Zentrum für digitale Berufsbildung soll berufsbildende Schulen und ausbildende

Fortsetzung auf Seite 12

Betriebe in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote unterstützen. Wir wollen Talenten der beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium ermöglichen. Neben einer finanziellen Unterstützung ist die Öffnung der ideellen Förderung für Stipendiatinnen und Stipendiaten aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Bedeutung. Durch eine Öffnung der Förderung schaffen wir attraktive Perspektiven für Talente aus der beruflichen Bildung. So schaffen wir mehr Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung. Außerdem wollen wir bis 2030 mindestens 20 Prozent aller Auszubildenden eine persönliche Auslandserfahrung ermöglichen. Analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) braucht es einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst, der Auszubildende, Betriebe und Berufsschulen bei Auslandsaufenthalten unterstützt. Die Programme »Erasmus+« und »AusbildungWeltweit« wollen wir ausbauen. Wir wollen zudem eine praxisnahe Berufsorientierung mit Azubi-Botschaftern auch an Gymnasien. Berufsorientierungsangebote und Praktika soll es in enger Kooperation mit der Wirtschaft an allen Schulformen geben. Flächendeckend wollen wir Jugendberufsagenturen ausbauen. Das Aufstiegs-BAföG soll Teilzeitfortbildungen und interdisziplinäre Bildungswege besser fördern. Hybride Angebote und eine bessere Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen sollen die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung erhöhen. Der öffentliche Dienst muss berufliche Qualifikationen für höhere Karrierewege gleichberechtigt anerkennen.

BUNDESTAGSWAHL

DIE LINKE.

Wenn es eine Gleichwertigkeit zwischen Ausbildung und Studium geben soll, dann muss es möglich sein, ohne größere Hürden und ohne Altersbegrenzung zwischen ihnen zu wechseln. Daher setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen beruflichen Bildungsgängen besser gewährleistet und rechtlich gesichert wird. Das gilt sowohl für Zugänge und Zulassungskriterien wie auch für die entsprechenden Fördersysteme. Auch der Zugang zu hochschulischer Bildung nach einer beruflichen Ausbildung muss breiter geöffnet werden. Wir brauchen eine frühzeitige Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen und die Möglichkeit, unterschiedliche Arbeitsfelder im Rahmen schulischer Praktika kennenzulernen. Eine gute polytechnische Bildung mit fächerübergreifenden Bildungsinhalten und Projekten soll ermöglichen, dass Schüler*innen ihre Interessen ausloten können. Um die Verfügbarkeit von Fachkräften dauerhaft sicherzustellen, braucht es eine qualitativ hochwertige Ausbildung, gute Arbeitsbedingungen und eine anständige Bezahlung.

Frage 🗸

Was planen Sie, um die Rahmenbedingungen für digital gestützten Unterricht weiter voranzubringen (Vereinfachung und Zukunft des Digitalpakts Schule, zentrale Bereitstellung einer Lernplattform etc.) sowie datenschutzrechtliche Bedingungen bzgl. Anbieter außerhalb der EU praxistauglich zu gestalten?



Die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote wächst. Daher wollen wir bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen. Zur Entwicklung von Prototypen, Curricula und didaktischen Konzepten stellen wir für die nationale Bildungsplattform in einem ersten Schritt 150 Millionen Euro bereit. Mit dem DigitalPakt Schule investiert der Bund momentan 6,5 Milliarden Euro in digitale Bildung. Um eine bürokratiearme Antragsbewilligung zu ermöglichen, können die Mittel aus dem Digitalpakt bis Ende 2021 fließen, ohne dass die Schulen zuvor ein pädagogisches Konzept vorgelegt haben müssen. Bereits heute sind der Aufbau und die Weiterentwicklung digitaler Lehr-Lern-Infrastrukturen förderfähig. Mit der vom Hasso-Plattner-Institut entwickelten »Schul-Cloud« existiert eine sichere, funktional umfassende und inhaltlich breit gefächerte Lerninfrastruktur. Daher konnten Anfang Juli die Länder Brandenburg, Niedersachsen und Thüringen ein Abkommen zur Weiterentwicklung der »Schul-Cloud« unterzeichnen. Dieses Abkommen markiert den erfolgreichen Transfer eines Forschungsprojektes in eine länderübersreifende Kooperation.



Wir werden dafür sorgen, dass eine einfache, unbürokratische Umsetzung zur Verbesserung der digitalen Grundausstattung für alle Schulen möglich ist. Zeitgleich sollen auf einer Open-Source-Plattform, die bereits durch den Digitalpakt beauftragt und finanziert ist, künftig länderübergreifend Lehr- und Lernmaterialien und Unterrichtskonzepte für alle zugänglich sein: offen, dezentral, sicher und vernetzt. Notwendig ist darüber hinaus ein System, das die Qualität der eingestellten Medien auf solchen offenen Plattformen prüft und sichert. Wir werden die Entwicklung datenschutzkonformer intelligenter Lehr- und Lernsoftware unterstützen.

BUNDESTAGSWAHL



Wir GRÜNE möchten gemeinsam mit den Ländern dafür sorgen, dass alle Schulen über eine zeitgemäße, datenschutzfreundliche, digitale Ausstattung verfügen. Wir wollen das Fort- und Weiterbildungsangebot für das pädagogische Fachpersonal erweitern, hauptberufliche Administrator*innen für die schulische IT-Infrastruktur fördern und niedrigschwellige Orte der Beratung zur Bildung in einer digitalen Welt aus- und aufbauen. Auch Anwendungen wie quelloffene und sichere Lemplattformen oder Videokonferenzsysteme möchten wir umfassend fördern. Um das umzusetzen, wollen wir den DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben nachhaltig und dauerhaft weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die gemeinsam im Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden sollen. Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang, dass Schulen und Schulträger Fördermittel möglichst unbürokratisch beantragen können und diese zügig dort ankommen, wo sie gebraucht werden.



Für uns Freie Demokraten ist digitale Bildung ein wichtiger Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Die Digitalisierung des Bildungswesens bietet die Chance, allen Kindern und Jugendlichen einen unkomplizierten Zugang zu Bildung zu ermöglichen und das Lernen individuell, effizient und motivierend zu gestalten. Digitale Didaktik kann Lehrkräfte dabei sowohl in Zeiten von Distanz- und Wechselunterricht wie auch während des Präsenzunterrichts unterstützen. Dabei geht es um mehr als die Ausstattung der Gebäude, es geht um den bestmöglichen Unterricht. Wir Freie Demokraten fordern einen Digitalpakt 2.0. der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt. Zusätzlich zur Technik muss auch in IT-Administratorinnen und IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen investiert werden. Die Coronakrise hat gezeigt, dass die finanziellen Mittel für WLAN und Hardware allein nicht ausreichend sind, um im Notfall digitalen Unterricht von zu Hause aus zu ermöglichen. Die Digitalisierung von allgemeinbildenden, beruflichen und sonderpädagogischen Schulen muss ganzheitlich gedacht werden - von der Ausstattung bis zur Nutzung. Die Schule muss digital gestütztes Lernen in Präsenz genauso anbieten wie Lernen auf Distanz. Wir wollen den Einsatz von Lern-Managementsystemen und freier Lern- sowie Lehrmaterialien mit einer offenen Lizenz fördern. Gute Programme und Lernmittel der Bildungswirtschaft und EduTech-Szene müssen qualitäts- und datenschutzgeprüft in den Unterricht integriert werden können. Damit schaffen wir neue Möglichkeiten beim Lernen. Darüber hinaus fordern wir die Entwicklung klarer Standards zum Einsatz von Learning Analytics an Schulen. Künstliche Intelligenz bietet eine Möglichkeit zur Individualisierung des Lernens und Lehrens von Kindern und Jugendlichen. Dieses Potenzial von Learning Analytics soll genutzt werden. Die Auswertung von Daten über Lernende verbessert das Lernen und die Lernumgebung. Dies muss aber unter Wahrung des Datenschutzes geschehen.

DIE LINKE.

Die IT-Infrastruktur an Schulen muss gestärkt und modernisiert und durch Fachpersonal betreut werden. Entsprechende Planstellen müssen kurzfristig geschaffen werden. Zudem müssen Schulen mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen und WLAN ausgestattet werden. Wir wollen sicherstellen, dass jedes Kind über ein digitales Endgerät und Datenvolumen verfügt. Schulen brauchen Zugänge zu quelloffenen, mindestens aber interoperablen datenschutzgeprüften Lehr- und Lemplattformen mit OER-Material und Kommunikationssystemen. Über ein Ausschreibungsverfahren sollen ein oder mehrere geeignete Netzbetreiber ermittelt werden, die Bildungstarife geräte- unabhängig, mit unbegrenztem Volumen und ohne Beschränkung auf bestimmte Inhalte bereitstellen, um Netzneutralität und Datenschutz der Lernenden zu gewährleisten und Überwachungen zu verhindern. Die Tarife müssen dauerhaft vom Träger finanziert werden und kurzfristig prioritär in den Leistungskatalog des Bildungs- und Teilhabepakets aufgenommen und mittelfistig allen Schüler*innen als freies Lehr- und Lernmittel zur Verfügung gestellt werden. Der DigitalPakt Schule mitsamt aller Zusatzvereinbarungen zu Geräten und Administration muss verstetigt werden.